

Niederschrift
über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
am 05.03.2024

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:17 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Dr. Simon Lange
Herr André Langeworth
Frau Carla Steinkröger

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Sven Rörig (stellv. Vorsitzender)
Frau Karin Schrader
Herr Frederik Suchla

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Michael Gorny
Herr Dominic Hallau
Frau Gudrun Hennke
Herr Thomas Krause

AfD

Frau Heliane Ostwald

Die Partei

Herr Bjarne Lange

FDP

Herr Rainer Seifert

Die Linke

Herr Bernd Vollmer

Beratende Mitglieder

Herr Jan Scholten

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich
Herr Michael Gugat
Herr Dietmar Krämer
Frau Gordana Kathrin Rammert

Von der Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Herr Gregor Moss	Beigeordneter Dezernat 4
Herr Olaf Lewald	Amt für Verkehr
Herr Lars Bielefeld	Bauamt
Herr Gerd Herjürgen	Bauamt

Schriftführung

Frau Anita Lange

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Rörig begrüßt die Anwesenden zur 43. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in dieser Wahlperiode. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Punkte werden abgesetzt oder in 1./2./3. Lesung behandelt:

- 4.2 Umgestaltung Berliner Straße zwischen Stadtring und Hauptstraße
- 4.3 Machbarkeitsstudie Radschnellweg OWL 2.0
- 4.3.2 Antrag der CDU-Fraktion „Machbarkeitsstudie Radschnellweg OWL 2.0“
- 4.4 Umplanung der Herforder Straße zwischen Willy-Brandt-Platz und Ortsgrenze Herford
 - 4.4.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion, TOP 4.4, "Umplanung Herforder Straße" Machbarkeitsstudie zur gestalterischen und funktionalen Aufwertung des Bahnhofumfeldes
 - 4.4.2 Antrag der CDU-Fraktion zu „Umplanung der Herforder Straße zwischen Willy-Brandt-Platz und Ortsgrenze Herford“
- 4.5 Ausbaustandard der Fahrradstraße Ehlenruper Weg / Rohrteichstraße
- 4.8 Weiterentwicklung der Beteiligungsstrukturen im Kontext der Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030
- 5.2 Antrag der FDP-Fraktion, "Fernbusbahnhof"
- 9 Umsetzung Mobilitätsstrategie 2030 hier: Planung einer Mobilitätsstation Bahnhof Brackwede und Umplanung Eisenbahnstraße
- 11 Machbarkeitsstudie Radverbindung zwischen Innenstadt und Campus
- 11.1 Anfrage FDP-Fraktion "Fahrradstraßen mit gehobenen Standard"

Im Nachtrag wurden Unterlagen zu folgenden Punkten zugesandt:

- 3.2 Anfrage der FDP-Fraktion "Verstöße gegen die gesetzliche Falzvorschrift bei Bauplänen"
- 3.3 Anfrage der Fraktion Die Linke "P+R Planungen in Milse und Ubbedissen"
- 3.5 Anfrage der Fraktion Die Linke "Notfallkonzept Ausfall Fernwärme"
- 3.6 Anfrage der Fraktion Die Linke "Wohnungsbau im Landschaftsschutzgebiet"
- 3.7 Anfrage der Fraktion Die Linke "Südring / Windelsbleicher Str. - Wohnungsbau "

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung der Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 42. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 30.01.2024

Ohne Aussprache fasst der Stadtentwicklungsausschuss folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 30.01.2024 (Nr. 42) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Beschlusscontrolling Stadtentwicklungsausschuss

Herr Herjürgen informiert die Gremienmitglieder, dass das Beschlusscontrolling inzwischen aktiviert sei und rückwirkend ab Juni 2023 die Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses dort von der Schriftführung eingestellt worden seien, so dass die Gremienmitglieder über das Portal darauf zugreifen können.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.2 Mitteilung zur öffentlichen Rahmenplanung Rochdale

Der Punkt wird mit TOP 4.9 zusammen beraten.
Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.3 City-Logistik-Depot Nahariyastraße

Auf Nachfragen von Herrn Dr. Lange erläutert Herr Lewald, welche Korrekturen am Standort vorgenommen worden seien, wie die Zufriedenheit mit dem Standort sei und welche Teilnehmer dabei seien. Die Korrekturen betrafen den Stromanschluss. Teilnehmende seien aktuell DPD und Gut Wilhelmsdorf. Die Zufriedenheit sei hoch.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.4 Grüne Welle für Fahrradfahrende auf dem Stadtring

Die Mitteilung ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage der FDP-Fraktion "Baustelle Ostwestfalendamm wegen Austausch Blitzer"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7564/2020-2025

Die Anfrage und die Antwort sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Herr Seifert bemängelt die fehlende Angabe von Abwägungsgründen bei der Baustellenkoordinierung.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Anfrage der FDP-Fraktion "Verstöße gegen die gesetzliche Falzvorschrift bei Bauplänen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7557/2020-2025

Die Anfrage und die Antwort sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Herr Seifert erläutert den Hintergrund der Anfrage.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Anfrage der Fraktion Die Linke "P+R Planungen in Milse und Ubedissen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7604/2020-2025

Die Anfrage und die Antwort sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Herr Vollmer bittet, eine Aufstockung durch Parkdecks zu prüfen. Der vorhandene Parkplatz in Milse sei regelmäßig recht ausgelastet, so dass Handlungsbedarf gegeben sei.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Anfrage der Fraktion Die Linke "Baubeginn Linie 4"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7608/2020-2025

Die Anfrage und die Antwort sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Herr Adamski äußert sich zu Nachfragen von Herrn Vollmer. Er erläutert das weitere Vorgehen hinsichtlich des städtebaulichen Vertrages. Inhaltlich sei die Verwaltung weiter, und der status quo sei deshalb nicht mit dem von vor zwei Jahren zu vergleichen.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Anfrage der Fraktion Die Linke "Notfallkonzept Ausfall Fernwärme"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7607/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Anfrage der Fraktion Die Linke "Wohnungsbau im Landschaftsschutzgebiet"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7605/2020-2025

Die Anfrage und die Antwort sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Herr Vollmer bittet die Verwaltung, zu überlegen, ob für die Bürger diese Informationen online zur Verfügung gestellt werden könnten.
Herr Adamski antwortet darauf, dass die Landschaftsschutzverordnung online eingestellt sei.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.7 Anfrage der Fraktion Die Linke "Südring / Windelsbleicher Str. - Wohnungsbau "

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7606/2020-2025

Die Anfrage und Antwort sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.8 Anfrage der Fraktion Die Linke "Umbau Heeper Straße - Ausstattung mit Ladesäulen"

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7615/2020-2025

Die Anfrage und Antwort sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Herr Vollmer erläutert den Grund der Anfrage. Herr Dr. Lange äußert seine Erwartung an die Verwaltung, dass nach den Sommerferien etwas Konzeptionelles vorgestellt werden wird.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 4.1 Umsetzung des Verkehrskonzeptes der Martin-Niemöller-Gesamtschule

Beratungsgrundlage:
Drucksache: 6929/2020-2025

Herr Vollmer und Herr Suchla äußern ihre Zustimmung zu der Vorlage und begrüßen die heutige Abstimmung. Herr Seifert äußert seine Ablehnung, die sich bereits auf die Errichtung des verkleinerten und teuren Schulneubaus beziehe und damit auch auf das hierfür vorgesehene Verkehrskonzept.

Herr Rörig erläutert die Hinzunahme des Beschlusses über die Lichtsignalanlage an der Kreuzung Westerfeldstraße/Beckhausstraße.

Herr Lewald antwortet auf die Fragen von Herrn Dr. Lange nach den Einflüssen der weiteren Lichtsignalanlage auf den Verkehrsfluss und nach den Kosten, dass ein Einfluss bestehe, dass hier aber vorrangig die Sicherheit der Schüler/innen den Ausschlag gebe. Die Kosten könne er nicht genau beziffern, sie dürften etwas niedriger als die Kosten für die Lichtsignalanlage an der Kreuzung Westerfeldstraße/Apfelstraße liegen.

Auf Nachfrage von Frau Rammert erläutert Herr Lewald, dass in zeitlicher Hinsicht die Umsetzung des Verkehrskonzepts mit dem Bezug der neuen Schule angestrebt werde.

Auf Nachfrage von Frau Ostwald antwortet Herr Moss, dass die Kosten für das Verkehrskonzept unabhängig von dem Bebauungsplanverfahren für den Schulbau regelhaft aus dem Haushalt getragen würden. Insofern gebe es keinen Zusammenhang mit den Fördergeldern für den Schulbau. Herr Adamski äußert die Erwartung, dass die zugesagten Fördergelder auch kommen werden. Herr Moss erläutert, dass eine Verzögerung des Verfahrens das Vorhaben aufgrund der aktuellen Kostensteigerungen jeden Monat teurer werden lasse.

Herr Vollmer regt an, hinsichtlich der auch von der BZV Schildesche seit Jahren gewünschten Lichtsignalanlage aufgrund der damit verbundenen Verbesserung des ÖPNV hierüber ggf. Fördergelder zu erwirken.

Herr Dr. Lange beantragt, den Tagesordnungspunkt nochmal um einen Monat zu verschieben, damit man sich ein besseres Bild über die Auswirkungen der Lichtsignalanlage, auch hinsichtlich der Einmündung in die Altstadt von Schildesche, machen könne.

Herr Rörig lässt über den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion, die Beschlussvorlage in 3. Lesung zu behandeln, abstimmen. Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

Die CDU-Fraktion beantragt eine getrennte Abstimmung über die Beschlussvorlage einerseits und über die in der Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 23.11.2023 vom Amt für Verkehr mündlich zugesagte Lichtsignalanlage am Knoten Westerfeldstr./Beckhausstraße in Form der im Protokoll enthaltenen Formulierung andererseits.

Herr Rörig lässt zunächst über den Zusatz entscheiden. Der Stadtentwicklungsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Zusatz: Eine Lichtsignalanlage (LSA) am Knoten Westerfeldstr./Beckhausstr. wird im Zuge der Maßnahme neu geplant und umgesetzt. Entsprechende Haushaltsmittel werden in den anstehenden Haushaltsplanberatungen der Stadt Bielefeld eingestellt.

- mit Mehrheit beschlossen

Sodann lässt Herr Rörig über die Beschlussvorlage abstimmen. Der Stadtentwicklungsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt und der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

- a) Dem Umbau des Knotenpunkts „Apfelstraße / Westerfeldstraße“ entsprechend der vorgelegten Planung wird zugestimmt.**
- b) Der Neuanlage von einer Bushaldebucht an der „Westerfeldstraße“ wird zugestimmt.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Damit fasst der Stadtentwicklungsausschuss folgenden

Beschluss:

Auf Empfehlung der Bezirksvertretung Schildesche beschließt der Stadtentwicklungsausschuss:

- a) Dem Umbau des Knotenpunkts „Apfelstraße / Westerfeldstraße“ entsprechend der vorgelegten Planung wird zugestimmt.**
- b) Der Neuanlage von einer Bushaldebucht an der „Westerfeldstraße“ wird zugestimmt.**
- c) *Zusatz: Eine Lichtsignalanlage (LSA) am Knoten Westerfeldstr./Beckhausstr. wird im Zuge der Maßnahme neu geplant und umgesetzt. Entsprechende Haushaltsmittel werden in den anstehenden Haushaltsplanberatungen der Stadt Bielefeld eingestellt.***

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Umgestaltung Berliner Straße zwischen Stadtring und Hauptstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7014/2020-2025/1

vertagt

Zu Punkt 4.3 Machbarkeitsstudie Radschnellweg OWL 2.0

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7024/2020-2025

Herr Rörig schlägt vor, die Punkte 4.3 und 4.4 mit ihren Unterpunkten gemeinsam zu diskutieren, da es recht große Überschneidungen gebe.

Herr Seifert hätte die von seiner Fraktion gestellten Fragen gerne in der Sitzung in Anwesenheit des Gutachters direkt besprochen. Die Antworten seien jetzt allerdings schriftlich mitgeteilt worden und erst gestern Abend zugegangen. Dabei seien viele Fragen unzureichend oder unbefriedigend beantwortet worden. Vieles sei offen und bedürfe weiterer Klärung. So könne das Gutachten nicht als Grundlage für eine Beschlussfassung herangezogen werden. Er stelle daher einen Antrag auf weitere Lesung. Bezogen auf Punkt 4.4 erläutere er den Antrag der Fraktion unter Punkt 4.4.1. Im innerstädtischen Bereich würde die Definition eines Radschnellweges vielfach nicht erfüllt, so dass seine Fraktion dafür sei, den Radweg insoweit auch nicht als Radschnellweg zu bezeichnen, sondern einen einfachen Radweg auszuweisen.

Herr Adamski weist hinsichtlich der Definition des Radschnellweges auf die Definition in der Machbarkeitsstudie Kapitel 2 hin. Die Vorgaben seien auch im innerstädtischen Bereich erfüllt.

Herr Hallau gibt an, dass seine Fraktion heute gerne die Vorlagen beschließen würde, damit die Verwaltung mit den Planungen beginnen könne. Seine Fraktion habe Ergänzungsanträge vorbereitet, die noch nicht schriftlich vorlägen, und die noch abgestimmt werden müssten insbesondere mit dem Antrag der CDU-Fraktion, da es hier durchaus Schnittmengen geben dürfte. Hierfür beantragt er eine Sitzungsunterbrechung.

Herr Dr. Lange beantragt 3. Lesung, nachdem er auf eine Vielzahl noch nicht berücksichtigter Punkte hingewiesen hat. So fehle es insbesondere an einem ganzheitlichen Konzept, dass alle wichtigen Aspekte berücksichtige. Das Gutachten sei insoweit enttäuschend. Es müssten Alternativen näher berücksichtigt werden, es müsse auch berücksichtigt werden, dass die Herforder Straße die Funktion habe, Verkehr zu bündeln und leistungsfähig zu sein, etwa auch für anderswo verdrängte Verkehre. Gerade im innerstädtischen Bereich gebe es ungelöste Herausforderungen für den Radschnellweg.

Herr Adamski weist darauf hin, dass viele der genannten Aspekte natürlich auch Gegenstand der Planung seien. Er regt an, dass man versucht, einen möglichst breiten Konsens für die beiden wichtigen Projekte, mit möglichst großer Akzeptanz und Transparenz zu schaffen.

Herr Seifert bittet darum, dass beim Thema Radschnellweg auch die Bezirksvertretungen involviert werden. Das Gutachten beinhalte durchaus einige interessante Alternativrouten, die es dann aber jeweils ablehne. Hier sollte nochmal überarbeitet werden.

Herr Moss regt an, dass die „Flughöhe“ zunächst einmal weiterhin hoch bleiben sollte. Er ergänzt, dass die Radwegführung über den Jahnplatz die Kriterien für einen Radschnellweg erfülle. Dies sei seinerzeit auch wegen der zugesagten Förderung abgeklärt worden.

Herr Suchla greift die Ausführungen von Herrn Adamski auf. Er schließt sich dem Vorschlag an, durch Überarbeitung und interfraktionelle Abstimmung eine breitere Basis zu finden, soweit es nicht darum gehe, dass Vorhaben schlicht zu verschieben.

Auch Herr Hallau signalisiert Zustimmung für diese Vorgehensweise.

Herr Rörig lässt daraufhin für die Punkte 4.3 und 4.4 mit allen Unterpunkten lediglich über den Geschäftsordnungsantrag auf erste Lesung abstimmen, dem mit Mehrheit bei zwei Enthaltungen zugestimmt wird.

3. Lesung

-.-.-

Zu Punkt 4.3.1 Anfrage der FDP-Fraktion "Anfrage zum Gutachten Radschnellweg"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7565/2020-2025

Die Anfrage und die Antwort sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.3.2 Antrag der CDU-Fraktion „Machbarkeitsstudie Radschnellweg OWL 2.0“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7668/2020-2025

1. Lesung

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Umplanung der Herforder Straße zwischen Willy-Brandt-Platz und Ortsgrenze Herford

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7245/2020-2025

1. Lesung

-.-.-

Zu Punkt 4.4.1 **Änderungsantrag der FDP-Fraktion, TOP 4.4, "Umplanung Herforder Straße"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7640/2020-2025

1. Lesung

-.-.-

Zu Punkt 4.4.2 **Antrag der CDU-Fraktion zu „Umplanung der Herforder Straße zwischen Willy-Brandt-Platz und Ortsgrenze Herford“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7667/2020-2025

1. Lesung

-.-.-

Zu Punkt 4.5 **Ausbaustandard der Fahrradstraße Ehletruper Weg / Rohrteichstraße: Anpassung an die Ergebnisse der zwei Testphasen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7070/2020-2025

3. Lesung

-.-.-

Zu Punkt 4.6 **Stadtumbau Nördlicher Innenstadttrand: Machbarkeitsstudie zur gestalterischen und funktionalen Aufwertung des Bahnhofumfeldes**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6811/2020-2025

Herr Seifert stellt zunächst fest, dass er davon ausgehe, dass die Beschlussvorlage um die Ergänzungen der BV Mitte erweitert werde. Er formuliert folgenden Ergänzungsantrag:

„Die Verwaltung erstellt vor der Auftragserteilung und somit vor der Verabschiedung dieser Vorlage eine genaue Zielbeschreibung für den Wettbewerb und stellt diesen den Gremien zur Beratung und Abstimmung vor.“

Er erläutert, dass ihm eine genaue Zielbeschreibung bisher fehle, insbesondere zu den Aspekten Sicherheit, Auswirkungen einer möglichen Gleiserweiterung auf den Bahnhofsvorplatz hinsichtlich auch des möglichen Ersatzbushaltespunktes und des Aspektes der Finanzierung.

Herr Dr. Lange regt an, so wie die BV Mitte entschieden hat, vorzugehen und erinnert an den gemeinsamen Beschluss von vor zwei Sitzungen.

Herr Suchla schlägt abweichend von dem vierten Punkt aus der Vorlage der BV Mitte zur Parkplatzgestaltung an der Herbert-Hinnendahl-Straße eine geänderte Version, die anstelle der bisherigen senkrechten Parkplätze längs verlaufende Parkplätze vorsieht, als Vorschlag der Koalition vor.

Diesem Vorschlag widerspricht Herr Langeworth unter Verweis auf den Willen der BV Mitte und die Bedeutung der Parkplätze sowohl für den Bahnhof als auch für die Geschäftswelt an der Straße.

Hiergegen wendet sich Herr Gugat, der eine Bedeutung der Parkplätze für den Bahnhof nicht erkennt.

Herr Vollmer äußert Zustimmung insbesondere zu dem Aspekt der Sicherheit, den die BV Mitte ergänzt habe. Lediglich hinsichtlich der Planung der Bushaltestelle regt er an, dass diese näher zum Bahnhofseingang verlegt werden solle.

Herr Rörig lässt zunächst über den eben formulierten Antrag der FDP-Fraktion, bei dem es sich der Sache nach um einen Antrag auf 1. Lesung handelt, als Geschäftsordnungsantrag auf 1. Lesung abstimmen. Der Stadtentwicklungsausschuss lehnt diesen Antrag mit großer Mehrheit ab.

Danach lässt Herr Rörig über den Ergänzungsantrag der Koalition, den Punkt 4 des Beschlusses der BV Mitte durch die folgende Änderung: „In der Planung soll berücksichtigt werden, dass die Parkplätze an der Herbert-Hinnendahl-Straße als Längsparkplätze mit Schwerpunkt Serviceparken und Kurzzeitparken erhalten bleiben, wenn diese Planungen eine sichere Durchfahrt für den Radverkehr/ÖPNV in der Straße erlauben und der Bahnhofsvorplatz trotzdem für den Durchgangsverkehr gesperrt bleibt.“, auszutauschen, abstimmen.

Der Stadtentwicklungsausschuss fasst über den Ergänzungsantrag der Koalition, Punkt 4 des abweichenden Beschlusses der BV Mitte auszutauschen, folgenden Beschluss:

4. In der Planung soll berücksichtigt werden, dass die Parkplätze an der Herbert-Hinnendahl-Straße als Längsparkplätze mit Schwerpunkt Serviceparken und Kurzzeitparken erhalten bleiben, wenn diese Planungen eine sichere Durchfahrt für den Radverkehr/ÖPNV in der Straße erlauben und der Bahnhofsvorplatz trotzdem für den Durchgangsverkehr gesperrt bleibt.

- mit Mehrheit beschlossen –

Danach lässt Herr Rörig zunächst über die Punkte 1.-3. der Beschlussvorlage in der Fassung des abweichenden Beschlusses von BV Mitte und abschließend über die Übernahme des Ergänzungsantrages als Punkt 4 abstimmen.

Der Stadtentwicklungsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die als Anlage beige-fügte Machbarkeitsstudie als strukturelle Grundlage für die Aufwertung des Bahnhofsumfelds zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der Machbarkeitsstudie einen städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerb für das Bahnhofsumfeld durchzuführen.
3. *Die Verwaltung wird gebeten, bei den Planungen zum Bahnhofsumfeld die sozialen Aspekte des Stadthallenparks mit zu berücksichtigen, insbesondere:*
 - *Aufenthaltssorte für marginalisierte Gruppen*
 - *Sicherheit, Verhinderung von Angsträumen, ausreichende Beleuchtung*
 - *Nähe des Ostmanturmviertels und Bedürfnisse der BewohnerInnen*

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen

4. In der Planung soll berücksichtigt werden, dass die Parkplätze an der Herbert-Hinnendahl-Straße als Längstparkplätze mit Schwerpunkt Serviceparken und Kurzzeitparken erhalten bleiben, wenn diese Planungen eine sichere Durchfahrt für den Radverkehr/ÖPNV in der Straße erlauben und der Bahnhofsvorplatz trotzdem für den Durchgangsverkehr gesperrt bleibt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen

Zu Punkt 4.7 Bielefelder Hitzeaktionsplan

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6988/2020-2025

Herr Rörig teilt mit, dass der Seniorenrat einstimmig und der SGA bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen habe. Er bedankt sich bei Herrn Cremer für dessen Anwesenheit, um ggf. Frage klären zu können. Fragen werden keine gestellt.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt, der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt:

Der anliegende Hitzeaktionsplan (HAP) wird als Rahmenplanung beschlossen und dient fortan als Orientierung mit empfehlendem Charakter.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 4.8 Weiterentwicklung der Beteiligungsstrukturen im Kontext der Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6343/2020-2025

vertagt

-.--

Zu Punkt 4.9 Konversion in Bielefeld – Beschluss der Rahmenplanung Rochdale Barracks

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7192/2020-2025

Herr Langeworth und Herr Dr. Lange plädieren dafür, die Vorlage ergänzt um drei auch in der BV Mitte beschlossene Punkte zu beschließen. Diese drei Punkte betreffen ausschließlich die Erschließung, einerseits eine sinnvolle Anbindung an die Oldentruper Straße und andererseits die Sorge der anliegenden vorhandenen Nachbarn, dass dort der Verkehr bzw. das Parken ansteigen könnte, wenn die Stellplätze im neuen Quartier nicht reichten. Die Vorgabe einer Stellplatzquote von 0,5 entspreche bislang nicht der Realität, so dass die Sorge berechtigt sei.

Herr Suchla und Frau Hennke sprechen sich für die Übernahme der ersten beiden ergänzenden Punkte, nicht aber des dritten Punktes aus. Frau Hennke erläutert, dass die Schaffung eines autoarmen Quartieres wesentlicher Bestandteil der Planung, des bisherigen Prozesses mit Ausschreibung, Wettbewerb und Bürgerbeteiligung gewesen sei. Es solle hier ein innovatives Wohnquartier entstehen, zugleich werde das für den Innenstadtbereich größte Quartier entwickelt, das schrittweise entstehen soll, und bei dem die Autoarmut zentral sei. Mit der Rahmenplanung, die jetzt auf den Weg gebracht werden solle, erfolge ohnehin noch keine konkrete Planung. Im Übrigen habe die BV Mitte den Punkt lediglich mit Mehrheit und nicht einstimmig beschlossen.

Frau Rammert plädiert ebenfalls dafür, die Autoarmut in dem neuen Quartier nicht aufzuweichen. Sie regt in dem umliegenden Bereich an, ggf. die Planung von Quartiersparkhäusern voranzubringen.

Herr Seifert spricht für die Beschlussvorlage mit den drei Ergänzungen der BV Mitte aus. Wichtig sei, dass der ein zügiger Wohnungsbau vorangehen könne.

Unter Berücksichtigung des abweichenden Beschlusses von BV Mitte vom 29.02.2024 fasst der Stadtentwicklungsausschuss folgenden

Beschluss:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die Rahmenplanung Rochdale mitsamt dem angehängten Verkehrs-, Entwässerungs-, und Materialkreislaufkonzept (Anlagen 1-5) als informelle Planungsgrundlage für die zukünftige Entwicklung des ehemaligen Kasernenareals zu beschließen. Die im Rahmenplan definierten Flächennutzungen sowie die städtebaulichen Kennwerte und Qualitäten werden für den gutachterlich zu ermittelnden Verkehrswert zu Grunde gelegt.
2. Der Bericht zur Öffentlichkeitsbeteiligung (Anlage 6) wird mit den im Anhang dargestellten Anregungen und Stellungnahmen zur Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftigen Bauleitplanverfahren im Bereich der Rochdale Barracks die Rahmenplanung mit ihren getroffenen Zielaussagen zugrunde zu legen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufstellung eines integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts (INSEK) in die Wege zu leiten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Organisations- und Abwicklungsmodelle zum Ankauf, zur Erschließung und zur Entwicklung des Gesamtareals vorzubereiten und auf dieser Grundlage die Verhandlungen über den Ankauf der bundeseigenen Liegenschaft mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) aufzunehmen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Entwicklung der Gesamtmaßnahme und der einzelnen Bausteine sicherzustellen, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis insgesamt und die Wirtschaftlichkeit im Detail beachtet werden. Gegebenenfalls sind Planungsziele anzupassen.
7. *Die Verwaltung wird gebeten, praktikable Lösungen zu erarbeiten, um die Ausfahrt aus dem zukünftigen Rochdale-Quartier auf die Oldentruper Straße auch nach links in Richtung Osten zu ermöglichen (Variante 2 plus „Vollanschluss“) und der Bezirksvertretung Mitte sowie dem Stadtentwicklungsausschuss mögliche Alternativen zur Beschlussfassung vorzulegen.*
8. *In dem Rahmen ist auch zu prüfen, ob dadurch ein größerer Teil des neuen Quartiers über die Oldentruper Straße anstatt über die nördlichen kleinen Wohnstraßen erschlossen werden kann.*

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Über Punkt 9. des abweichenden Beschlusses von BV Mitte vom 29.02.2024 wird separat abgestimmt. Der Stadtentwicklungsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

9. Im weiteren Verfahren ist sicherzustellen, dass ein ggf. später erkennbarer höherer Stellplatzbedarf durch Nachjustierungen (z.B. Erweiterung einer Quartiersgarage) im Rochdale-Quartier abgebildet werden kann.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Installation von Mülleimern an Haltestellen

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 7468/2020-2025

Herr Vollmer weist darauf hin, dass das Thema ggf. im Zuständigkeitsbereich von MoBiel liege. Herr Adamski erläutert, dass MoBiel mit einbezogen werden solle.

Frau Schrader fragt, wieso es die Grenze für die Installation bei 100 Personen gesetzt worden sei. Herr Adamski erwidert, dass er die Frage mitnehme und die Antwort nachgeliefert werde.

Herr Gugat plädiert ebenso wie Herr Seifert und Frau Rammert für die Aufstellung von Mülleimern an allen Haltestellen im gesamten Stadtgebiet. Herr Gugat wünscht sich insoweit ein Konzept, das klärt, wo welche Mülleimer fehlen und wie das finanziert werde. Es sollte nicht nur den Stadtbezirk Stieghorst umfassen.

Herr Adamski erläutert, dass derzeit bei zweimaliger Leerung in der Woche ein Betrag von 350 € pro Jahr angesetzt werde. Die Verwaltung werde entsprechende Zahlen liefern, wünsche sich dafür einen Auftrag.

Frau Rammert (Meldung bei Bedarf etwa mittels QR-Code, ähnlich dem Mängelmelder), Herr Dr. Lange (Pilotprojekt digitaler Mülleimer) und Herr Hallau (Smart Waste) sprechen sich dafür aus, bei den Leerungsintervallen über bedarfsgerechte Lösungen ggf. Kosten zu sparen.

Herr Dr. Lange verweist auf die bisher eher ablehnende Herangehensweise der Verwaltung und freut sich, dass die Verwaltung sich des Themas jetzt annehmen wolle.

Herr Krämer betont, dass bereits viele Mülleimer vorhanden seien, so dass zunächst auch der genaue Bedarf erhoben werden müsse.

Frau Hennke regt an, dass die Verwaltung auch einen Zeitplan für die Umsetzung aufstellt, damit das ganze möglichst schnell umgesetzt werde.

Herr Rörig schlägt vor, anstelle eines Antrages auf 1. Lesung der Verwaltung einen konkreten Auftrag zu erteilen. Hierüber fasst der Stadtentwicklungsausschuss den folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung hat bis zur nächsten Ausschusssitzung darzustellen, in welchen Stadtbezirken wieviele Mülleimer fehlen. Was kostet das und inwiefern kann es mit Smartwaste verbunden werden, damit die Leerungsintervalle digital abrufbar sind?

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Antrag der FDP-Fraktion, "Fernbusbahnhof"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7628/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 6 altstadt.raum und Innenstadtstrategie

Herr Moss berichtet über den aktuellen Sachstand. Nachdem der Rat im letzten Dezember die Innenstadtstrategie beschlossen hat, hat das Büro Urbanista Vorschläge zur Umsetzung erarbeitet. Die Innenstadtstrategie diene als Handlungskonzept bzw. Leitfaden und auch als Gesprächsgrundlage für die Arbeit des CityTeams. Drei Projekte würden derzeit intensiv vorangetrieben: Einmal die sog. Westfälische Botschaft, dann ein INSEK-Projekt Update zur Kunsthalle, und zudem das Projekt Willkommensplatz am Hauptbahnhof. Außerdem werde aktuell ein städtebaulicher Rahmenplan für das Karstadt-Areal erarbeitet, man sei in finalen Abstimmungen; hierüber könne er hoffentlich in der nächsten Sitzung konkreter berichten. Unter dem Arbeitstitel „Tapetenwechsel“ werde zudem das Thema „Pop-Up-Stores“ begleitet. Ferner gebe es eine Machbarkeitsstudie für Passagen, die konkret die Arcade im Fokus habe. Aus dem Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte und Zentren seien Möblierungselemente für die Bahnhofstraße angeschafft worden, wobei es Probleme mit Vandalismus gegeben habe. Insgesamt seien bisher 1,3 Millionen Euro an Fördergeldern eingeworben worden.

Herr Adamski ergänzt, dass die Innenstadtstrategie keinen Widerspruch zum altstadt.raum und dessen Elementen darstelle, sondern sich dort gut einfüge.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Lange antwortet Herr Moss zum Zeitplan, dass vorgesehen sei, die drei zunächst ausgewählten Projekte bis Ende 2024 möglichst weit vorangebracht zu haben. Ggf. kommen auch noch ein bis zwei weitere der insgesamt 38 Vorschläge dazu. Bei der Kunsthalle habe Handlungsbedarf auch wegen des Sanierungsauftrages und der dort geforderten Drittmittelbewerbung bestanden. Die beiden anderen zunächst ausgewählten Themen seien wegen des hohen Interesses ausgewählt worden, bzw., bezogen auf den Bahnhofsvorplatz, weil sie schon lange auf der Agenda gestanden hätten.

Auf Nachfrage von Frau Hennke, inwieweit es unter dem Thema Etablierung eines Platzes für den Innentatdialog schon Ansätze gebe, ein Quartiersbüro für das CityTeam zu finden, erläutert Herr Moss, dass das CityTeam derzeit bei der WEGE verortet sei und dort, sehr zentral in der Goldstraße, auch bleiben solle. Es werde überlegt, dass mit der Kooperation zwischen Polizei und Stadt die Stadtwache einen Standort in der Bahnhofstraße erhalten solle. Zudem sei mit dem Platz für den Innentatdialog gemeint, einen Ort zu finden, an dem Politik, bzw. politische Prozesse ein Stück anschaulicher, transparenter gemacht werden sollen. Ein Standort hierfür werde gesucht.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Amt für Verkehr

Zu Punkt 7

2. Bauabschnitt Sender Straße (K44) zwischen Autobahnbrücke A 33 und Stadtgrenze Schloß Holte - Stukenbrock; Planung der Geh- und Radwege

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7218/2020-2025

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt auf Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen und der Bezirksvertretung Senne-
stadt:

- 1. Der in der Anlage dargestellten Planung wird zugestimmt (siehe Anlagen 1 - 2).**
- 2. Nördlich des Ginsterwegs soll durch den Immobilienservicebetrieb im Zuge der Grunderwerbsverhandlungen geprüft werden, ob die Eigentümer einem Mehrbedarf zur Umsetzung der Variante 2 (beidseitiger getrennter Geh- und Radweg) zustimmen. Im Falle einer Zustimmung aller betroffenen Eigentümer wird die Variante 2 im Abschnitt zwischen dem Lorbeerweg und dem Ginsterweg übernommen.**

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 8

Anpassung der Querung des Niederwalls für den Radverkehr als Fortführung der Fahrradstraßenverbindung Rohrteichstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7406/2020-2025

Herr Langeworth berichtet, dass in der Sitzung der BV Mitte angeregt worden sei, die Beleuchtung „in Blick zu nehmen“. Dies habe Herr Lewald zugesagt.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt auf Empfehlung von BV Mitte, die Planung einer direkten Querung für den Radverkehr über den Niederwall und die Stadtbahngleise in Verbindung mit einer Anpassung der Fußgängerquerung zum Hochbahnsteig gemäß der Variante 1 (Anlage 1).

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 9

**Umsetzung Mobilitätsstrategie 2030
hier: Planung einer Mobilitätsstation Bahnhof Brackwede und
Umplanung Eisenbahnstraße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7410/2020-2025

Vertagt

-.--

Zu Punkt 10

Ausweitung von Park+Ride Anlagen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7444/2020-2025

Herr Rörig erläutert, dass in der Vorbesprechung überlegt worden sei, die Bezirksvertretungen zunächst nochmal mit dem Thema zu befassen.

Herr Dr. Lange regt an, dass dort auch Angaben zur zeitlichen Umsetzung gemacht werden, insbesondere auch zu den Eigentumsverhältnissen und möglichen Konfliktpotentialen mit Dritten.

Herr Rörig lässt über den Beschlussvorschlag, alle Bezirksvertretungen um Stellungnahme und Hinweise zum P+R-Konzept zu bitten, abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss bittet alle Bezirksvertretungen um Stellungnahme und Hinweise zum P+R-Konzept.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10.1 Antrag von Herrn Gugat (LiB) "Ausweitung von Park+Ride Anlagen in Bielefeld – PARK & FLY"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7657/2020-2025

Herr Gugat erläutert seine Vorlage. Der in Bielefeld schon 2019 gefasste Beschluss sei bisher nicht weiter vorangebracht worden. Seilbahnverkehr sei vergleichsweise kostengünstig, zudem platzsparend und gleichwohl ein Massentransportmittel. Andere Städte und Länder seien dort viel weiter.

Herr Seifert äußert Skepsis, werde einem Prüfauftrag aber zustimmen.

Herr Vollmer sieht Probleme für eine Umsetzung, weil regelmäßig private Belange derjenigen, über die die Seilbahn verlaufe, entgegenstünden.

Frau Steinkröger teilt die Skepsis nicht und findet einen Prüfauftrag begrüßenswert.

Herr Adamski bittet darum, dass keine zeitlichen Vorgaben gemacht werden.

Frau Hennke bittet darum, dass eine Entkopplung vom P+R-Konzept erfolge.

Daraufhin schlägt Herr Rörig für die Beschlussfassung folgenden Formulierungsvorschlag vor:

„Die Verwaltung wird gebeten, unabhängig vom P+R-Konzept optional (als „Level up“) Seilbahnverkehre als Zubringer (Park&Fly) und / oder Integration in den öffentlichen Nahverkehr zu prüfen.

Der Stadtentwicklungsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, unabhängig vom P+R-Konzept optional (als „Level up“) Seilbahnverkehre als Zubringer (Park&Fly) **und / oder Integration in den öffentlichen Nahverkehr** zu prüfen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Machbarkeitsstudie Radverbindung zwischen Innenstadt und Campus

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6460/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 11.1 Anfrage FDP-Fraktion "Fahrradstraßen mit gehobenen Standard"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7600/2020-2025

vertagt

-.-.-

Bauamt

Bauamt/Bauleitpläne

Zu Punkt 12 Bauleitpläne Brackwede

Zu Punkt 13 Bauleitpläne Dornberg

Zu Punkt 13.1 Einzustellende Bebauungsplanverfahren

- Stadtbezirk Dornberg -

Beschluss zur Einstellung der Bebauungsplanverfahren:

- Nr. II/Ho 1 „Kreiensteiche“ – Aufhebung –**
- Nr. II/Ho 4 „Krebsbachtal“**
- Nr. II/K 1.1 „Am Gottesberg“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7434/2020-2025

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Die Beschlüsse der Bezirksvertretung Dornberg vom 16.11.2023 und des Stadtentwicklungsausschusses vom 28.11.2023 werden hinsichtlich des Bebauungsplanverfahrens II/Ho 1 „Kreiensteiche“ wie folgt berichtigt:

Die folgenden Bebauungsplanverfahren werden eingestellt:

Nr. II/Ho 1 „Kreiensteiche“

– Aufhebung –, Nr. II/Ho 4 „Krebsbachtal“, Nr. II/K 1.1 „Am Gottesberg“.

2. Die Einstellung der Bebauungsplanverfahren ist öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14	<u>Bauleitpläne Gadderbaum</u>
Zu Punkt 15	<u>Bauleitpläne Heepen</u>
Zu Punkt 16	<u>Bauleitpläne Jöllenbeck</u>
Zu Punkt 17	<u>Bauleitpläne Mitte</u>
Zu Punkt 18	<u>Bauleitpläne Schildesche</u>
Zu Punkt 19	<u>Bauleitpläne Senne</u>
Zu Punkt 20	<u>Bauleitpläne Sennestadt</u>
Zu Punkt 21	<u>Bauleitpläne Stieghorst</u>

Sven Rörig

Anita Lange